



WASSER

Österreichs wichtigste
Ressource für Standort
und Umwelt



JOURNALISMUSPREIS

Marina Delcheva erhielt
Milan Frühbauer-Preis

Seite 4



WIEN

„Power Hour“: Usecases für KI
im Industrie-Umfeld

Seite 10

KAPITALMARKT

CEO der Wiener Börse
im Interview

Seite 4

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Montenegro: Präsident Milatović über wirtschaftspolitische Reformen

„Montenegro dürfte das nächste Land sein, das der EU beitrifft“, sagt Jakov Milatović im Interview. Für Österreich biete das „erhebliche Vorteile“. Der Präsident Montenegros war für einen Austausch mit Vertretern der österreichischen Industrie im Haus der Industrie zu Gast.

Wie würden Sie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Montenegro und Österreich beschreiben?

Jakov Milatović: Österreich hat seit 2006 mehr als 700 Millionen Euro in unser Land investiert und gehört damit zu den zehn wichtigsten Investoren. Einige dieser Unternehmen haben sich zu tragenden Säulen unseres Finanz- und Dienstleistungssektors entwickelt und dabei jene Werte gelebt, die notwendig sind, um unser Unternehmensumfeld und unsere Unternehmenskultur zu stärken. Montenegro dürfte das nächste Land sein, das der EU beitrifft. Aus österreichischer Perspektive bieten sich durch Nearshoring und Investitionen in ein Partnerland erhebliche Vorteile.

Wie entwickelt sich die Wirtschaft in Montenegro und welche Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

In den vergangenen drei Jahren hat Montenegro ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum erlebt – eine bemerkenswerte Leistung angesichts des

erheblichen BIP-Rückgangs im Jahr 2020; der größte Rückgang in Europa. So wurde beispielsweise unsere Steuerlast auf Löhne und Gehälter umfassend reformiert. Diese und weitere Maßnahmen haben dazu geführt, dass wir nun eine der niedrigsten Steuerbelastungen für Gehälter in der Region haben, mit nur 21 Prozent Steuer auf den Mindestlohn, die graduell auf bis zu 32 Prozent für höhere Einkommen ansteigt. Nachdem wir ein günstiges Steuersystem haben, konzentrieren wir uns nun auf einen soliden Rechtsrahmen, um ausländische Direktinvestoren (ADI) anzuziehen. Im Jahr 2022 waren wir hinsichtlich der ADI im Verhältnis zum BIP unter den zehn größten Volkswirtschaften der Welt. Dies unterstreicht das Vertrauen ausländischer Investoren in unsere Wirtschaft.

Montenegro verhandelt seit 2012 mit der EU über einen Beitritt. Wie würden Sie den aktuellen Stand der Gespräche bewerten?

Fast ein Jahrzehnt lang waren wir die

Champions der EU-Integration. Anstatt den Enthusiasmus zu verlieren, sind wir entschlossener denn je, die notwendigen Reformen durchzuführen, um der EU bis 2028 beizutreten. Besonders im Bereich der Demokratisierung unserer Gesellschaft haben wir erhebliche Fortschritte gemacht. Die politische Atmosphäre ist nun entspannter, Wahlen sind nicht mehr eine Frage von Leben und Tod. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Verpflichtungen bis 2028 erfüllen können. Wir appellieren auch an die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten, uns zu unterstützen und die Türen offen zu halten.

Wie sehen Sie die aktuellen geopolitischen Verschiebungen und wie positioniert sich Montenegro in diesem Zusammenhang?

Es ist offensichtlich, dass es Kräfte gibt, die Interesse an der Destabilisierung der Region haben. Wir können aber ein solches Risiko in Montenegro minimieren, indem wir unsere Beziehungen zu



Jakov Milatović und Georg Knill

westlichen Partnern in der NATO und durch Investitionen in unsere Institutionen stärken. Generell bin ich der Überzeugung, dass Montenegros Beitritt zur EU für die Stabilität der gesamten Region von entscheidender Bedeutung ist. Er wird ein positives Signal an andere Nachbarländer senden, aber auch an die Ukraine und an Moldawien.

Österreichs Exportwirtschaft neu denken

Die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas ist gefährdet – gerade in Zeiten wie diesen braucht es bestmögliche politische Rahmenbedingungen, um internationale Chancen zu nutzen.



Karin Exner-Wöhler ist CEO der SAG und leitet den IVAusschuss für Europa & Internat. Märkte.

Österreich ist eine stark exportorientierte Volkswirtschaft. Allein der Export sichert 1,2 Millionen Arbeitsplätze im Inland und erwirtschaftet jeden vierten Steuer-Euro. Die aktuellen Entwicklungen geben jedoch zunehmend Anlass zur Sorge: Hohe Inflation bzw. Energiepreise, eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten in der EU (43,6 Prozent) sowie mehrere globale Konfliktherde tragen dazu bei, dass das Umfeld für die österreichische Exportwirtschaft deutlich schwieriger geworden ist. Die Auswirkungen sind bereits spürbar, Österreich fällt in internationalen Wettbewerbsrankings immer weiter zurück.

Die Industriellenvereinigung lud daher im März zu einem Expertenaustausch.

Gemeinsam mit Bundesminister Magnus Brunner wurden die notwendigen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas diskutiert.

Die Expertinnen und Experten waren sich einig: Es muss rasch gehandelt werden, um die heimische Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken. Gefordert wurden europäische Strategien und klare politische Entscheidungen im Bereich der Industriepolitik, um gemeinsam industrielle Strukturen aufzubauen und europäischen Problemen gemeinsam zu begegnen.

Schließlich, so die Expertinnen und Experten, müsse allen klar sein, dass Freihandel ein wesentlicher Bestandteil der Strategie

zur Stärkung der österreichischen Exportwirtschaft ist. Regierung, Unternehmen, Länder und Europa müssten gemeinsam daran arbeiten, günstige Handelsbedingungen zu schaffen und den Zugang zu internationalen Märkten zu erleichtern.



IV lud zum Austausch mit Magnus Brunner



SPATENSTICH FÜR HTL IN CHIȘINĂU

Das neue HTL-Projekt in Moldau stellt für Österreich einen Anknüpfungspunkt zum Bildungs- und Wirtschaftsstandort der Zukunft dar.

IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren vollzog Anfang März gemeinsam mit Bundesminister Polaschek den Spatenstich für eine neue HTL für Elektronik und Technische Informatik in Chișinău (Republik Moldau). Die Schulgründung ist der erste große Meilenstein der vom Bildungsministerium verkündeten Strategie für die österreichischen Auslandsschulen. Österreichische Unternehmen können sich weiter am Aufbau der Schule beteiligen und damit Beziehungen zu diesem aufstrebenden Arbeits- und Absatzmarkt aufbauen, u. a. durch größere und kleinere Spenden im Rahmen des Schulbaus und zukünftig mit Stipendien und Praktika für die HTL-Schülerinnen und -Schüler.

Zuerst die Arbeit, dann das Verteilen – nicht umgekehrt!

Eine letztlich abgelehnte sozialpolitische Deklaration der EU macht wohl eine Klarstellung notwendig: Unternehmerische Freiheit sorgt für Fortschritt, Wachstum und Wohlstand. Das ist die Basis für soziale Sicherheit, nicht umgekehrt.



Man sollte meinen, dass es ein leicht verständliches Prinzip ist: Zuerst muss der Wohlstand erwirtschaftet werden, bevor man darüber nachdenken kann, wie man ihn verteilt. Offenbar gibt es aber nicht nur regelmäßig Missverständnisse darüber, wie durch Fortschritt, Innovation und Leistung Wohlstand geschaffen wird. Selbst das simple Prinzip, dass nur verteilt werden kann, was vorher erarbeitet wurde, scheint immer öfter vergessen zu werden. So geschah es, dass EU-Institutionen unter Führung der belgischen Ratspräsidentschaft Mitte April eine Deklaration mit sozialpolitischen Maßnahmen vorgelegt haben, bei der sich Menschen mit Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge nur wundern können. Österreich hat diese in der belgischen Parkanlage „La Hulpe“ vorgelegte Erklärung übrigens nicht unterzeichnet.

Die Ratserklärung kommt mitten in einer angespannten konjunkturellen Lage – in Österreich sind wir immer noch in einer

rezessiven Situation –, in der Europa massiv an Wettbewerbsfähigkeit verliert und jene Industrieunternehmen, die können, Produktionen an andere Standorte verlegen. Kurzum: Das Erwirtschaften von Wohlstand war schon einmal einfacher. Dass man der Deklaration angesichts dieser Realität nun Folgendes entgegenhalten muss, ist gelinde gesagt unangenehm: Dass eine Erhöhung der Sozialausgaben und strengere Arbeitsgesetzgebung automatisch zu mehr Wohlstand führen, ist schlichtweg falsch. Im Gegenteil: Es braucht dazu – bei einem klaren rechtlichen Rahmen – so viel unternehmerische Freiheit wie möglich. Es braucht keine neuen Steuern, sondern Anreize zu entsprechendem Lohn für mehr Leistung, es braucht fairen Handel mit verlässlichen Partnern und Stolz auf erfolgreiches Unternehmertum! Das ist die Basis für Lebensqualität und soziale Sicherheit, und nicht umgekehrt.

Ich erinnere an dieser Stelle an das Ziel der EU-Kommission, die bürokratische

Belastung um 25 Prozent zu senken – das ist ein mehr als sinnvoller Schritt. Statt täglich viele Tausende Seiten Berichte, Informationen und ausgefüllte Formulare zu produzieren, sollten sich Unternehmen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Umso ärgerlicher ist es, wenn in einer solchen Erklärung Verschärfungen von Richtlinien angedacht sind, die sich eben erst in der Umsetzungsphase befinden, und mit diesen neuen Ideen die bürokratische Belastung noch weiter erhöht würde. Das betrifft beispielsweise die Entgelttransparenzrichtlinie, deren Effekte derzeit erst abzuwarten sind, die gemäß der Erklärung aber um eine ambitionierte Gleichbehandlungsstrategie ergänzt werden sollte. Damit nicht genug, wird vorgeschlagen, Sozialinvestitionen im Rahmen der EU-Fiskalregeln als Ausnahme zu behandeln – auf die Idee, dass das eine offene Gefährdung der Tragfähigkeit der Staatshaushalte darstellt, ist offenbar niemand gekommen. Vielleicht wird das dann in einer dringend notwendigen Erklärung zur

Wirtschaftsbildung erörtert – ob mit einer solchen zu rechnen ist, ist leider fraglich. Die EU braucht dringend einen Realitycheck und kann nicht nur ideologische Träumereien bedienen; die Bedeutung der EU-Wahl als wichtige Weichenstellung kann man gar nicht genug betonen.

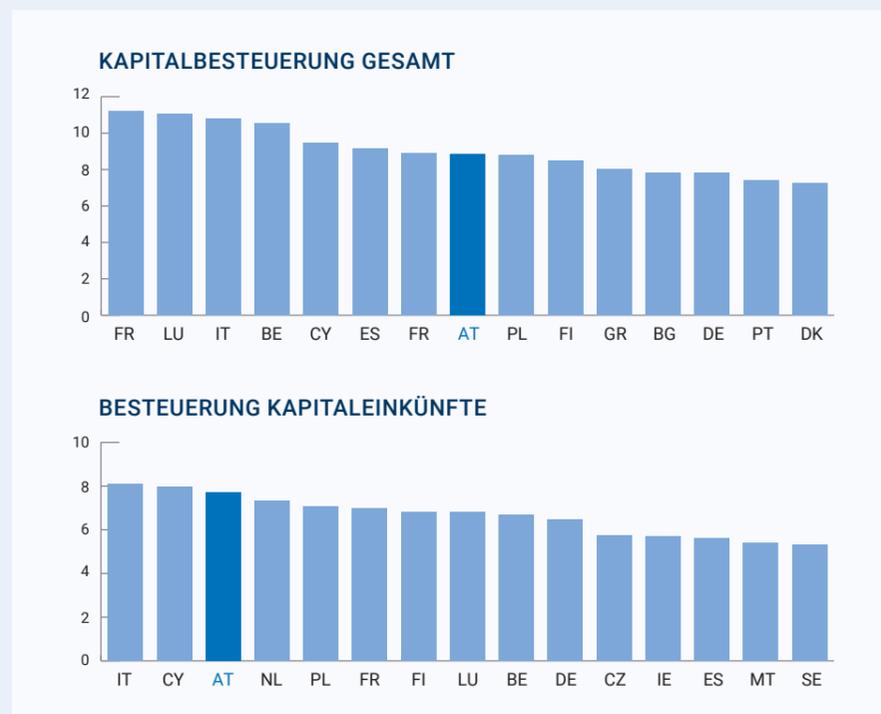
Um mit Hoffnung zu schließen: Die „La Hulpe“-Erklärung wurde trotz massiven Drucks nicht unterzeichnet und der sogenannte „Letta“-Bericht zum Binnenmarkt zeigt in die richtige Richtung: mehr Wettbewerbsfähigkeit, weniger Bürokratie. Womöglich zeichnet sich ein Kurswechsel in Europa ab. Es ist auch höchst an der Zeit!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

In der Debatte um Vermögensteuern wird gerne die OECD-Statistik vermögensbezogener Steuern herangezogen, in der sich Österreich im letzten Viertel der 37 Länder befindet. Dabei wird ein wichtiges Detail übersehen: Diese Statistik berücksichtigt die in Österreich im Abtausch gegen die abgeschaffte Kapitalertragsteuer eingeführte Kapitalertragsteuer nicht. Und auch in anderen Ländern spielen klassische Vermögensteuern in dieser Statistik kaum eine Rolle – den größten Anteil hat dort die Grundsteuer, die in Österreich vergleichsweise niedrig ausfällt. Betrachtet man die Steuern auf Kapitaleinkünfte, landet Österreich mit einer Quote von 7,7 % des BIP deutlich über dem EU-Schnitt und auf Rang 3 in der EU (siehe Grafik) – wenn man die Grundsteuer und sonstige vermögensbezogene Abgaben berücksichtigt, liegt Österreich bei der gesamten Kapitalbesteuerung mit 8,8 % des BIP noch auf Platz 8 in der EU.



Zahl des Monats

2.242

So viele Patente wurden 2023 beim Österreichischen Patentamt angemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr mit 2.231 Patenten verzeichnet Österreich einen leichten Anstieg an heimischen Erfindungen. Als innovativstes Bundesland positionierte sich Oberösterreich mit 506 Patenten, gefolgt von der Steiermark (458) und Wien (348). Besonders fleißige Patentanmelder waren der Grazer Automobilzulieferer AVL List (211), der Möbelbeschlägerhersteller Julius Blum (82) und der Gleisbaumaschinenhersteller Plasser & Theurer (31).

Österreich gehört gemessen an der Erfinderdichte in vielen Bereichen zur Weltspitze. Bei der Anzahl der Patente pro 1.000 Einwohner ist Österreich beispielsweise in der Bahnindustrie weltweit führend und in der Automobilindustrie auf Platz fünf.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Nermina Tičević, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Kuttner, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Land Tirol/Fitsch, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Erste Verleihung des Journalismuspreises der Industrie

Innovative Beiträge und herausragende Journalistinnen und Journalisten wurden erstmals am Schwarzenbergplatz geehrt.

Am 8. April erlebte das Haus der Industrie in Wien eine Premiere: Die Verleihung des Journalismuspreises der Industrie – ein neu ins Leben gerufener Preis zur Würdigung exzellenter Leistungen im Bereich des Wirtschaftsjournalismus. Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, erklärte das Ziel des neuen Preises: „Es ist uns ein Anliegen, mit diesem Preis die Qualität und Relevanz des Wirtschaftsjournalismus hervorzuheben und diejenigen zu ehren, die durch ihre Arbeit einen bedeutenden Beitrag zur öffentlichen Debatte und demokratischen Meinungsbildung leisten.“

Die Preisträgerinnen und Preisträger
In der Kategorie „Print, Online & Interview“ gab es gleich zwei Gewinner: Georg Renner gewann mit „Die große Wette“, erschienen in „DATUM“, für seine umfassende Analyse der grünen Transformation, und Aloysius Widmann überzeugte mit „Der Wohlstand freier Nationen: Warum freie Gesellschaften reicher sind“, erschienen in der Tageszeitung „Die Presse“, für die tiefgründige Untersuchung der Beziehung zwischen Demokratie und Wohlstand.

Die Dokumentation „Aufgeputscht – die irre Welt von Red Bull“ von Diana Löbl und Peter Onneken, ausgestrahlt auf RTL Plus, wurde in der Kategorie „TV &

Radio“ für ihre beeindruckende Recherche ausgezeichnet.

Für ihre Fähigkeit, komplexe historische und wirtschaftliche Zusammenhänge verständlich zu machen, wurden Jeannine Hierländer und Madlen Stottmeyer mit „Von Armut und Reichtum“, erschienen in der Tageszeitung „Die Presse“, in der Kategorie „International“ gewürdigt.

Auch in der Kategorie „Newcomer“ wurden zwei Eulen vergeben: Die erste ging an Laura Franz für „Erfolgskonzept Familienbetrieb“, ausgestrahlt im ORF-Wirtschaftsmagazin Eco, hervorgehoben für ihre detaillierte Beleuchtung österreichischer Familienbetriebe. Livia Steiner und Jonas Binder holten sich mit „Fürstenfelder Schnellstraße: Von der ersten Vision bis zum letzten Kilometer der S 7“, erschienen in der „Kleinen Zeitung“, für ihre ansprechende Aufbereitung eines regionalen Infrastrukturthemas ebenfalls ihre Eule ab.

Der Milan Frühbauer-Preis (und mit ihm der Titel „Wirtschaftsjournalistin des Jahres“) ging an Marina Delcheva-Glantschnigg, Wirtschaftsressortleiterin bei „profil“. Sie berichtet seit Jahren kompetent und nach höchsten journalistischen Standards über wirtschaftspolitische Themen.



Marina Delcheva-Glantschnigg und IV-Generalsekretär Neumayer



Die „Eule“ wurde zum ersten Mal vergeben



Die ersten Preisträgerinnen und Preisträger des Journalismuspreises der IV

Rahmen für Vermögensaufbau muss verbessert werden

Christoph Boschan ist CEO der Wiener Börse und analysiert im Interview die Ergebnisse des Aktienbarometers 2024.



Christoph Boschan ist CEO der Wiener Börse.

Das Interesse an Wertpapieren und Anleihen nimmt in Österreich deutlich zu. Das aktuelle Aktienbarometer hat ergeben, dass 27 Prozent der Österreicher Wertpapiere besitzen – im Jahr davor waren es noch 25 Prozent. Wie bewerten Sie das?

Christoph Boschan: Das zeigt, dass die Wertpapierveranlagung längst kein gesellschaftliches Randphänomen mehr ist und die Menschen ihre Altersvorsorge verstärkt in die eigene Hand nehmen. Positiv hinzu kommt, dass das Potenzial noch nicht ausgeschöpft ist: 21 Prozent der Personen, die aktuell noch keine Wertpapiere besitzen, haben Interesse daran, in solche zu investieren.

Wie kann die Kapitalmarktoffensive Wertpapierbesitz sowie digitale und ökologische Transformation fördern?

Die Rahmenbedingungen für den privaten Vermögensaufbau müssen verbessert werden. Ausgangspunkt ist eine fundierte, der breiten Bevölkerung zugängliche Finanzbildung. Mangelndes

Finanzwissen ist für viele Menschen der Hauptgrund, warum sie auf ein Wertpapier-Investment verzichten. Eine Verankerung in den Lehrplänen ist daher immens wichtig. Ein weiterer wichtiger Hebel liegt auf steuerlicher Ebene, Stichwort Kapitalertragsteuer. Die Österreicherinnen und Österreicher investieren ihr bereits versteuertes Arbeitseinkommen in Unternehmen, die für ihre Gewinne Körperschaftsteuer abführen. Auf diese körperschaftbesteuerten Gewinne fällt dann bei der Dividendenausschüttung oder der Realisierung von Kursgewinnen nochmals eine Kapitalertragsteuer von 27,5 Prozent an. Das ist eine massive Steuereskalation und Benachteiligung der privaten Vorsorge. Die Wiedereinführung einer Behaltfrist für Wertpapiere, wie sie auch im Regierungsprogramm steht, ist also längst überfällig. Für eine erfolgreiche digitale und ökologische Transformation brauchen wir privates Kapital, der Staat allein wird das nicht finanzieren können. Staaten mit gut

entwickelten Kapitalmärkten werden schneller, nachhaltiger und mit höheren Wachstumsraten in eine CO₂-neutrale Zukunft transformieren.

Wie können mehr österreichische Unternehmen an die Börse gebracht werden?

Auch hier spielen die Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle, die gesamtwirtschaftlichen wie die politischen. Es muss dringend eine Entbürokratisierung stattfinden. Sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene fehlen eine strategische Vision und quantifizierbare Ziele für den Kapitalmarkt. Gleichzeitig verlieren wir zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den globalen Mitbewerbern, insbesondere den USA. Um die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten zu stärken – und damit Börsengänge in Europa zu fördern –, müssen die Liquiditätspools substanziell vergrößert werden. Damit das gelingt, braucht es eine Abstimmung der Pensionssysteme auf den Kapitalmarkt.

Aktuelles in Kürze

Vorlesetag im Haus der Industrie: Mehr als nur Geschichten

Im März fand zum zweiten Mal der Vorlesetag für Kinder im Haus der Industrie statt.

Vorlesen hat eine bedeutende Wirkung auf die Entwicklung des persönlichen Interesses am Lesen. Studien zeigen, dass Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wird, nicht nur früher anfangen zu lesen, sondern auch ihr ganzes Leben lang gerne lesen. Beispielsweise berichtet die deutsche „Stiftung Lesen“, dass Kinder, denen täglich vorgelesen wird, eine fünfmal höhere Wahrscheinlichkeit haben, zu Viellesern zu werden, als Kinder, denen nicht oder selten vorgelesen wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Rolle des Vorlesens bei der Entwicklung von Sprachfähigkeiten. Laut einer Studie des National Literacy Trust (UK) verbessert regelmäßiges Vorlesen die Sprachkenntnisse von Kindern deutlich, was wiederum ihre allgemeine Lesebereitschaft und -fähigkeit steigert. Diese Kinder verfügen über einen

um 40 Prozent größeren Wortschatz im Vergleich zu jenen, denen seltener oder gar nicht vorgelesen wird.

Darüber hinaus beeinflusst das Vorlesen die kognitive Entwicklung. Laut einer Studie der American Academy of Pediatrics können Kinder durch regelmäßiges Vorlesen schon im Vorschulalter komplexe Strukturen und höhere Denkprozesse verstehen. Das stärkt ihre Konzentrationsfähigkeit und Kreativität. Aufgrund der vielen Vorteile des Vorlesens für die kognitive, sprachliche und emotionale Entwicklung und weil Lesen einfach Freude macht, unterstützt die IV den Vorlesetag nun schon das zweite Jahr. Neben unterhaltsamen Geschichten, u. a. aus MINTmausen mit Bakabu und einer Trockeneis-Show genossen die Volksschulkinder am 21. März im Haus der Industrie köstliche Erfrischungen.



Schülerinnen und Schüler waren am Vorlesetag im Haus der Industrie zu Gast

IV-Sparringprogramm für Aufsichtsrätinnen geht in die dritte Runde

Die IV unterstützt künftige Aufsichtsrätinnen beim Sprung in ihre neue Aufgabe.

Wie können wir den Anteil an Frauen in Aufsichtsgremien erhöhen? Dieser Aufgabe stellt sich das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ besonders praxisnah und erzielt damit bereits erste Erfolge.

In dem Programm bilden erfahrene Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte ein Tandem mit potenziellen Aufsichtsrätinnen und unterstützen sie in persönlichen Treffen beim Sprung in

ihre künftige Aufgabe. Derzeit läuft das Programm bereits im dritten Durchgang und der Erfolg gibt ihm recht: Seit Beginn vor rund zwei Jahren haben Teilnehmerinnen bereits sechs Aufsichtsratsmandate angenommen und weitere Gespräche sind am Laufen. Der dritte Durchgang ist im April mit insgesamt 22 Tandem-Paaren gestartet und läuft bis Februar 2025. Die Idee stammt von IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, die auch Schirmherrin des Programms ist.

Um die Abwicklung kümmert sich Jana Raith, stellvertretende Bereichsleiterin im IV-Bereich Bildung & Gesellschaft.

In dem Programm kommen Elemente aus dem Mentoring zum Einsatz und werden mit ausgesuchten Vernetzungs- und Reflexionsformaten wie etwa Workshops kombiniert. Aus dem Mentoring wird die 1:1-Beziehung zwischen den beiden Partnern in den Mittelpunkt gestellt und die Entwicklung eines

vertrauensvollen wechselseitigen Austauschs gefördert. Beide Seiten bauen ein tragfähiges Netzwerk mit Führungskräften und zukünftigen Führungskräften auf.

WEBTIPP

Alle Absolventinnen des Sparringprogramms finden Sie unter: [sparringprogramm.at](https://www.sparringprogramm.at)

Grundlagenforschung in Österreich weiter vorantreiben

Im Rahmen des „think.beyond Summit“ des FWF diskutierten Expertinnen und Experten über zukünftige Fördermöglichkeiten für exzellente Forschung aus Österreich.

Am 14. März fand die Dialogplattform „think.beyond Summit“ des Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF zur Zukunft der Grundlagenforschung statt. Nationale und internationale Expertinnen und Experten erörterten, wie Österreich auch weiterhin exzellente Forschung hervorbringen kann. Anschließend wurden die im Rahmen der Exzellenzinitiative geförderten Emerging-Fields-Projekte vorgestellt.

In einer Breakout-Session diskutierten Ruth Breu (Universität Innsbruck und Spin-off-Gründerin), Gabriel Felbermayr (WIFO), Christoph Neumayer (IV) und Matthias Weber (AIT) unter der Moderation von Christof Gattringer (FWF). Zentrales Thema war, wie herausragende Ergebnisse der Grundlagenforschung rascher in international erfolgreiche Produkte und

Dienstleistungen transferiert werden können und wie hierzu die Kooperation zwischen Wissenschaft und Industrie gestärkt werden kann. Wichtig ist, die Anwendbarkeit in der Grundlagenforschung mitzudenken und Forschung und Innovation als kontinuierlichen Prozess zu sehen. Christoph Neumayer fordert eine Forschungs- und Technologieoffensive der nächsten Bundesregierung und ein starkes EU-Forschungsrahmenprogramm.

Eine weitere Podiumsdiskussion widmete sich der Bedeutung von philanthropischem Engagement von Unternehmen und Privatpersonen für den Forschungsstandort Österreich. Dabei wurden Unternehmergeist der Top-Forschenden, interdisziplinärer Austausch und die Stärkung der Kooperation von Wissenschaft und Gesellschaft gefordert.

HTL-Talente als tragende Säule

„IV Round Table HTL“: HTL-Absolventen sind das Rückgrat der heimischen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Industriellenvereinigung ist Fürsprecherin der HTL als Standort-USP in Österreich. Nie war die Technischule wichtiger als heute: Ohne HTL-Talente gäbe es keine österreichische Industrie, wie wir sie kennen. Nicht umsonst hat die IV – neben der Unterstützung der Schulgründung in Moldau – in ihrem umfassenden Programm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ für die HTL als einzigen Schultyp eigene konkrete Maßnahmen formuliert.



HTL-Leistungsschau im Haus der Industrie

Die IV lud auch erneut zum „IV Round Table HTL“, um die Zukunft dieses Schultyps zu erörtern. IV-Präsident Georg Knill diskutierte mit dem Generalsekretär des Bildungsministeriums Martin Netzer und HTL-Direktorensprecher Wolfgang Bodei sowie Vertretern der HTL-Schulen, der Bildungsdirektionen und der IV-Landesgruppen. Als ein zentrales Thema erwies sich der bedarfsgerechte Ausbau der HTL im Rahmen des „+ 20% MINT“-Graduiertenziels der Bundesregierung, wofür die HTL auch stärker zur „Schule der Mädchen“ werden soll. Der Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler, die neuen Lehrpläne, die Zukunft der HTL-Abendschulen und das Gewinnen von Quereinsteigern aus der Industrie als pädagogisches Fachpersonal waren weitere Diskussionspunkte. Die IV wird den Dialog zur Stärkung der Erfolgsmarke HTL weiter fortsetzen.

WEBTIPP

Mehr zu „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ unter: www.beste-bildung.at

ÖSTERREICHS WICHTIGSTE RESSOURCE FÜR STANDORT UND UMWELT

Wasser ist ein wesentlicher Produktions-, Standort- und Wettbewerbsfaktor für die österreichische Industrie. Mit einer tiefgreifenden Analyse zum „Standortfaktor Wasser“ wirft die Industriellenvereinigung ein Schlaglicht auf die heimische Wasserwirtschaft.

Österreich ist ein wasserreicher Standort. Ob als sauberes Trinkwasser für die heimische Bevölkerung, als Kühlwasser für die Industrie oder als Bestandteil der Energieerzeugung: Österreich genießt die Vorteile einer ausgezeichneten Wasserversorgung. Jedoch stellen klimabedingte Veränderungen auch den Wasserhaushalt in Österreich vor neue Herausforderungen. Aus diesem Grund hat sich die Industriellenvereinigung zu einer Neuauflage des Positionspapiers „Standortfaktor Wasser“ entschlossen – mit dem Ziel, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ressource Wasser hervorzuheben und die Auswirkungen auf die Industrie unter Berücksichtigung des Klimawandels darzustellen.

Wasser in der Industrie

Die gute Nachricht: Der Wasserhaushalt Österreichs wird sich bis 2050 nicht wesentlich verändern. Derzeit entfallen rund 70 Prozent des heimischen Wasserbedarfs auf die Industrie, wobei der tatsächliche Verbrauch aufgrund einer effizienten Kreislaufführung im einstelligen Prozentbereich liegt. Die industrielle Nachfrage nach dieser Ressource wird sich in den nächsten 25 Jahren nicht wesentlich ändern. In den Sektoren Landwirtschaft, Dienstleistungen sowie Wasserversorgung wird mit einem steigenden Bedarf gerechnet. Ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser ist daher wichtiger denn je. Dazu gehören auch Maßnahmen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher zu einem sorgsamem Umgang mit Wasser motivieren, damit auch die Bevölkerung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Wasserversorgung in Trockenperioden leisten kann.

Volkswirtschaftliche Bedeutung

Wasser hat in Österreich auch wirtschaftlich eine große Bedeutung: Die Wasserwirtschaft hat mit 454.000 Beschäftigten und einem Produktionswert von 122 Mrd. Euro volkswirtschaftlich ein Gewicht, das mehr als 16 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung entspricht. Die Industrie ist daher bestrebt, die Versorgungssicherheit in Österreich auch für die kommenden Jahrzehnte zu gewährleisten. Dazu sind in der Wasserpolitik in Österreich, aber auch auf EU-Ebene strategische Weichenstellungen notwendig.

Notwendige Maßnahmen

„Österreich ist bereits gut auf die Herausforderungen durch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ressource Wasser vorbereitet und für die Zukunft gewappnet. Wasser ist auch eine zentrale Säule auf dem Weg zur Dekarbonisierung unseres Wirtschaftsstandorts. Um die Potenziale weiter zu heben, braucht es rasche Genehmigungsverfahren für standortrelevante Projekte – so gewinnen Standort und Umwelt“, sagt Georg Schöppl, Vorstandssprecher der Österreichischen Bundesforste und Leiter der IV-Fokusgruppe Wasser. Insbesondere die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Bau und die Instandhaltung von Wasserkraftwerken seien zentrale Forderungen.

Die Industriellenvereinigung positioniert sich für die Versorgungssicherheit und Leistbarkeit der Ressource und dafür, dass die nachhaltige Verfügbarkeit von Wasser auch in Zukunft sichergestellt werden kann. „Um den Fortbestand dieser wertvollen Ressource auch in Zukunft zu garantieren, müssen wir nun die entsprechenden Weichen stellen. Unter anderem braucht es auf europäischer Ebene einen Blue Transition Fund, um Investitionen in die europäische Wasserversorgung zu bündeln und die Kräfte zu fokussieren“, erklärt Schöppl weiter. Der Blue Transition Fund soll auf EU-Ebene als zentrale Anlaufstelle für Wasserinvestitionen dienen, zudem soll er Unterstützung für widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltiges Wassermanagement sowie für die Forschung zu bzw. Einführung von wassereffizienten Technologien bieten. So sollen Investitionen den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in der gesamten EU fördern.

Entlastung des Trinkwasserverbrauchs

Doch nicht nur die quantitative Verfügbarkeit, sondern auch die Qualität des Wassers ist für die heimische Bevölkerung und die produzierende Industrie von großer Bedeutung. Die Industrie fordert daher Investitionen in die Sanierung und das Monitoring der Wasserversorgungssysteme, um die Wasserqualität auch in Zukunft auf hohem Niveau zu halten. Nach wie vor wird in Österreich Trinkwasser zum Autowaschen, Rasensprengen oder auch für die Toilettenspülung verwendet – um den Trinkwasserverbrauch in diesen Bereichen zu reduzieren, fordert die Industriellenvereinigung unter anderem effektive Systeme für ein verstärktes Regenwassermanagement.

„Rund 30 Prozent der EU-Bevölkerung waren in den letzten Jahren von einer angespannten Wasserversorgungslage betroffen. Als Industrie bekennen wir uns klar zu einer nachhaltigen Nutzung der wertvollen Ressource Wasser. Die kostengünstige und sichere Verfügbarkeit der Ressource Wasser ist imperativ für den Produktionsstandort Österreich, zentraler Standortvorteil und unabdingbar für die Erreichung ambitionierter Klimaziele“, hält Peter Koren, IV-Vizegeneralsekretär, fest.

WEBTIPP

Hier geht's zum Download der Broschüre „Standortfaktor Wasser“



„Wasser ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil“

Warum ist die Ressource Wasser nicht nur für die Bevölkerung, sondern insbesondere für den heimischen Industriestandort von Bedeutung?

Georg Schöppl: In Österreich denken wir bei Wasser sofort an unser ausgezeichnetes Trinkwasser. Die Qualitäten dieser Ressource gehen aber weit darüber hinaus und sind für die Industrie ein entscheidender Standortvorteil: ohne Wasser kein Strom, kein Stahl, keine Mikroelektronik, keine Chemie, kein Papier und viele andere Produkte aus zahlreichen Industriesektoren. Wir haben in Österreich viel Wasser, und das in ausgezeichneter Qualität – für den produzierenden Bereich ist es essenziell, dass das so bleibt. Die Industrie arbeitet deshalb intensiv an einem sauberen, nachhaltigen und effizienten Wasserkreislauf. Wir sehen immer stärker den Impact des Klimawandels auf die Ressource Wasser, und deshalb ist es jetzt bedeutend, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Immer öfter treten Extremwetterereignisse in den Vordergrund der medialen Berichterstattung. Wie viel Wasser haben wir in Österreich und wofür nutzen wir das nasse Element?

In Österreich machen einzelne Gewässer regelmäßig mit besonders niedrigen

Pegelständen Schlagzeilen. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass dem Land das Wasser ausgeht. Im Gegenteil: Österreich ist und bleibt ein wasserreicher Standort. Die Verfügbarkeit von Wasser hängt aber von vielen Variablen ab und kann sich regional und nach Jahreszeit stark unterscheiden. Für besonders betroffene Regionen und auch für relevante kritische Infrastrukturen müssen entsprechende Vorsorgemaßnahmen evaluiert werden. Im produzierenden Bereich wird der Wasserbedarf bis 2050 ungefähr gleich bleiben, dafür steigt er in den Sektoren Landwirtschaft, Dienstleistungen und Wasserversorgung. Ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser ist daher wichtiger denn je.

Im aktuellen Paper der IV ist immer wieder die Rede vom „Standortfaktor Wasser“. Was macht diese Ressource für Unternehmen so attraktiv?

Wasser ist in nahezu allen industriellen Sektoren ein wesentlicher Produktionsfaktor – denken Sie nur an die Kühlung bei der Stahlerzeugung und andere Produktionen, bei denen hohe Temperaturen nötig sind. Wenn diese Ressource kosteneffizient, rechtssicher und planbar verfügbar ist, ist das ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Wenn es um Neuan-siedlungen oder Betriebserweiterungen geht, kann das ein entscheidender Faktor sein.



Georg Schöppl, Vorstandssprecher der Österreichischen Bundesforste und Leiter der IV-Fokusgruppe Wasser

Was braucht es aus Sicht der heimischen Industrie, um die Ressource Wasser weiterhin nachhaltig am Standort nutzbar zu halten?

Wir müssen uns verstärkt mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ressource Wasser auseinandersetzen und für die Zukunft planen. Für die produzierende Industrie sind Themen wie Rechtssicherheit, Verfügbarkeit, aber auch Hochwasserschutz wichtig. Für Wasserkraft, den größten Pfeiler der heimischen Stromproduktion, braucht es schnellere Genehmigungsverfahren. Um die Wasserversorgung langfristig abzusichern, muss die Sanierungsquote höher sein und die Infrastruktur modernisiert und ausgebaut werden. Und nicht zuletzt: Österreich produziert international gefragte Wassertechnologie – mit einer Exportoffensive könnten wir am Weltmarkt noch erfolgreicher sein.



Maximilian Mauthe (IV), Georg Schöppl und IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren bei der Präsentation von „Standortfaktor Wasser“

Expertenmeinung von WOLFGANG HAIDINGER

MINT: Schaffen wir die Nachwuchssicherung in Zukunftsberufen?

Drei von vier Technologie-Leitbetrieben in Österreich leiden seit Langem unter Personalproblemen, in Technik und Produktion, in der IT sowie in Forschung und Entwicklung. Die Luft wird dünn im Innovationsbereich.

Fachkräftemangel ist ein Thema, das die breite Öffentlichkeit erst seit der Coronakrise intensiver beschäftigt – in der Industrie ist der Mangel an Innovationsnachwuchs allerdings seit Jahrzehnten ein „Dauerbrenner“. Drei von vier Technologie-Leitbetrieben leiden seit Langem unter Personalproblemen, in Technik und Produktion, in der IT sowie in der Forschung und Entwicklung. Und diese Relation bleibt über die Jahre erstaunlich stabil, auch in der Finanz- oder der Coronakrise war keine wesentliche Entschärfung der Personalprobleme festzustellen. Bislang gelingt es uns in Österreich nur unzureichend, die Jugend für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu begeistern. Die Nachfrage nach MINT-Talenten überwiegt das Angebot bei Weitem, der Standort ist

mit einem systemischen Qualifikations-Mismatch konfrontiert.

Die Folgen sind gravierend. Schon heute fehlen der Industrie rund 40.000 MINT-Talente, vom Lehrlingsabsolventen bis zur Uni-Graduierten. Bis 2030 werden nochmals weitere 60.000 MINT-Jobs in Schlüsseltechnologien zu besetzen sein, die „Luft wird also dünn“ im Innovationsbereich. Dabei sind wir gerade erst ins Technologiezeitalter eingetreten: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Cybersecurity, Weltraumtechnologie, Energie- und Mobilitätssysteme, Recycling oder auch immer stärker die militärische Forschung – nur wer die Technologie beherrscht, bestimmt die Zukunft, ist Herr bzw. Herrin über den eigenen Wohlstand, die Lebensqualität und über die Sicherheit der Gesellschaft.

Doch Technologie fällt nicht vom Himmel, sie wird von Menschen gemacht, die dafür brennen, mit MINT-Kompetenzen an den Lösungen für die Probleme von morgen zu arbeiten.

Was kann man also tun? Wie schaffen wir die Nachwuchssicherung in Zukunftsberufen? Wir werden uns viel stärker als bisher engagieren müssen, Mädchen und Frauen für den MINT-Bereich zu begeistern. Wir können uns nicht mit 25 % Frauenanteil in MINT-Berufen zufriedengeben. Die „MINTality“-Stiftung oder die MINT-Girls-Challenge steuern hier bereits gegen. Doch auch Standortstärken müssen deutlicher in den Fokus rücken – dazu gehört zweifelsohne die HTL, eine Schulform, um die Österreich international beneidet wird und die es endlich auszubauen gilt. Wir werden



Wolfgang Haidinger ist Experte im IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation.

aber auch neue Ansätze verfolgen müssen: Der „Werkunterricht“ muss unter seinem neuen Branding „Technik und Design“ zu einem MINT-Drehscheibenfach im schulischen Fächerkanon ausgebaut werden. Und es gilt, die „Kraft der vielen“ zu mobilisieren und in regionalen Initiativen zu bündeln. Diese MINT-Regionen machen MINT zum begeisterten Erlebnispfad vom Kindergarten bis zum Beruf. So geht kein Talent verloren. Und so sichert Österreich seine Zukunftsfähigkeit.

Aktuelles in Kürze

Mit „Technik und Design“ zu den Schlüsselkompetenzen von morgen

Die Neuauflage des Praxishandbuchs „Technik. Design. Werken.“ soll helfen, den Werkunterricht zu einem Schulfach voller Inspiration, Tatendrang und Faszination für Technik zu machen.

Digitalisierung, Robotik, Raumfahrt, intelligente textile Werkstoffe: Die Bedeutung von Technik steigt in allen Lebensbereichen. Es gilt daher, die Jugend mit jenen Kompetenzen auszustatten, die nötig sind, um sich in dieser technisierten Welt nicht nur zurechtzufinden, sondern sie auch aktiv mitzugestalten. Industriel-

lenvereiner, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und die Pädagogische Hochschule Steiermark unterstützen dies aktiv und präsentierten die bereits zweite, erweiterte Auflage des Praxishandbuchs „Technik. Design. Werken“ für den schulischen Unterricht. 26 detaillierte Stunden Vorbereitungen werden von Beiträgen von 15 Industrie-Testimonials ergänzt, die die hohe Relevanz von „Technik und Design“ in der Berufs- und Arbeitswelt in den schulischen Unterricht spiegeln.

„Wir wollen mithelfen, den ‚Werkunterricht‘ als ‚Technik und Design‘ nun aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken, und ihm endlich jene Bedeutung geben, die er verdient: als ein Schulfach voller Inspiration, Tatendrang und Faszination für Technik und Werkstoffe“, so IV-Präsident Knill.

WEBTIPP

Zum Praxishandbuch:
www.technischebildung.at



Zweiter Call für MINT-Regionen ist geöffnet

Knapp 400 Akteure engagieren sich bereits in den MINT-Regionen, um dem Fachkräftemangel im Innovationsbereich entgegenzutreten.

Erst vor wenigen Monaten sind die ersten 14 MINT-Regionen feierlich im Haus der Industrie ausgezeichnet worden, an denen knapp 400 Akteure in ganz Österreich beteiligt sind. Sie sind angetreten, den Fachkräftemangel im Innovationsbereich zu entschärfen und die Wissenschafts- und Technologieskepsis in Österreich abzubauen. Träger und Projektpartner der Leuchtturminitiative sind das Bildungs- und Wissenschaftsministerium, die Industriellenvereinigung, die „MINTality“-Stiftung, der OeAD und die Förderbank aws, bei der ein eigener MINT-Regionen-Service-Hub eingerichtet wurde. Die Initiative gibt Anstoß zur Bündelung regionaler Kräfte, sie unterstützt beim Aufbau und Ausbau der MINT-Netzwerke und sorgt für deren überregionale Sichtbarkeit.

Nun wurde der zweite Call zur Bewerbung um das MINT-Regionen-Qualitätslabel gestartet. Erneut sind Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Technologieunternehmen, Forschungseinrichtungen, Vereine und Gemeinden eingeladen, MINT zur gemeinsamen Mission nach

innen und zum überregional sichtbaren Standortthema nach außen zu machen. In MINT-Regionen können Naturwissenschaften und Technik hautnah erlebt werden, im Kindergarten ebenso wie im Hochtechnologie-Unternehmen. Dadurch soll kein MINT-Talent unentdeckt bleiben. „Mit MINT kann man die Welt verbessern! Das ist die zentrale Botschaft, die die MINT-Regionen antreibt und gleichzeitig die Jugend inspirieren wird“, so IV-Präsident Knill.



INFORMATION

Bewerbungen sind bis 20. Jänner 2025 möglich unter: www.mint-regionen.at

JI-Skiwochenende: Pokal geht an die JI-NÖ/Bgld

Ein herzliches Dankeschön an die JI-Wien für die Organisation des großartigen Wochenendes in Kitzbühel!

Beim Skiwochenende geht es neben Betriebsbesichtigungen, Netzwerken und dem Austausch über aktuelle Herausforderungen vor allem um eines: die Organisation des Skiwochenendes im Folgejahr. Zusätzlich zu den Einzelwertungssiegern gibt es beim traditionellen Skirennen der Jungen Industrie bereits seit mehreren Jahren daher eine Bundesländerwertung.

Verständlicherweise wird das Rennen daher immer von besonderem Ehrgeiz begleitet. Widrigen Wetterverhältnissen zum Trotz haben sich diesmal die Niederösterreicher am tapfersten

geschlagen, sich gegen 80 andere JI-ler durchsetzen können und den Wanderpokal sowie den Geschenkkorb eingeheimst.

Wir freuen uns auf das kommende Skiwochenende (am Semmering?) und wünschen für die Organisation viel Erfolg!

WEBTIPP

Einen detaillierten Bericht zum Rest des Skiwochenendes finden Sie hier:



Widrige Wetterverhältnisse stellten die Teilnehmer dieses Jahr vor eine besondere Herausforderung.



Die JI-NÖ/Bgld sicherte sich den Sieg beim traditionellen Skirennen.

Junge Industrie in Brüssel: Perspektiven zur EU-Wahl

Einblicke in EU-Institutionen und Gespräche mit Entscheidungsträgern prägen die jährliche Delegationsreise.

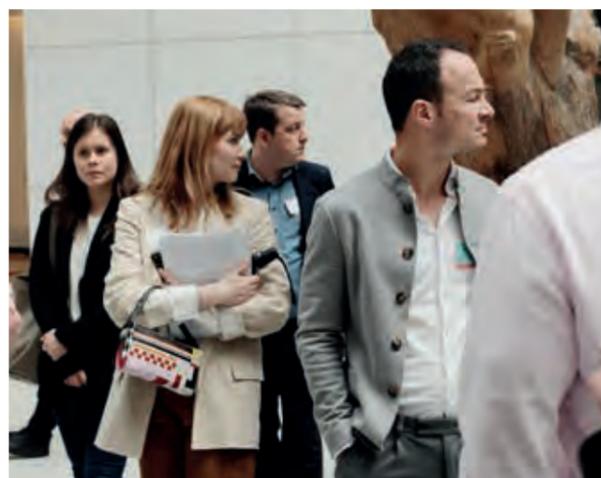
Jedes Jahr geht es für neue und besonders motivierte Mitglieder der Jungen Industrie nach Brüssel. Die diesjährige Reise stand ganz im Zeichen der EU-Wahl, mit Schwerpunkt auf Besichtigungen der EU-Institutionen und Gesprächen mit EU-Experten. Dabei wurden wichtige Fragen beantwortet, darunter zur Funktionsweise der EU, sowie eine Vertiefung des Verständnisses, welche Entscheidungen wir mit unserer Stimme bei der EU-Wahl treffen, erreicht.

Die Reise startete mit einem kleinen Stadtrundgang, gefolgt von einem Abendessen mit einer Begrüßung seitens des IV-Büros in Brüssel. Der nächste Tag begann mit Terminen im Europaparlament. Zuerst informierte Philipp Schulmeister, Direktor für Kampagnen, über aktuelle Trends und Prognosen zur EU-Wahl. Im Anschluss gab es die Gelegenheit, sich mit Othmar Karas, dem Ersten Vizepräsidenten des EU-Parlaments, auszutauschen und mit ihm über aktuelle Themen wie das Lieferkettengesetz und herausfordernde politische Entwicklungen auf EU-Ebene zu diskutieren.

Nach einem Fototermin und einer Führung ging es weiter in die Europäische Kommission. Michael Karnitschnig, Direktor für Außenbeziehungen im Generalsekretariat der Europäischen Kommission, empfing die JI mit einem besonders spannenden Vortrag über globale Entwicklungen und die Position der Union in geopolitischen Konfliktherden. Nach

weiteren Vorträgen von Markus Beyrer, Generaldirektor von BusinessEurope, dem IV-Büro Brüssel sowie einem Stopp in der Ständigen Vertretung mit einem Austausch mit Botschafter Franz Wirtenberger ging das straffe Tages- in ein informelles Abendprogramm über.

Den krönenden Abschluss der Reise machte eine Hafentour in Antwerpen, bei der die JI-Mitglieder Containerschiffe beim Be- und Entladen bestaunen konnten.



Die JI-Mitglieder bei der Besichtigung des EU-Parlaments.



FEINDBILD: ARBEIT

Warum es um mehr als den Lohnzettel am Ende des Monats geht.

Die Arbeitswelt ist im stetigen Wandel. Während wir quer über alle Branchen hinweg einen Arbeitskräftemangel erleben, werden Rufe von Befürwortern der 30-Stunden-Woche immer lauter.

Wenige Jahrzehnte zurückgeschaut sah man Arbeit als moralische Pflicht und als Kernbestandteil der Identität an. Es war Teil eines Selbstverständnisses, einen Teil zur Gesellschaft beizutragen.

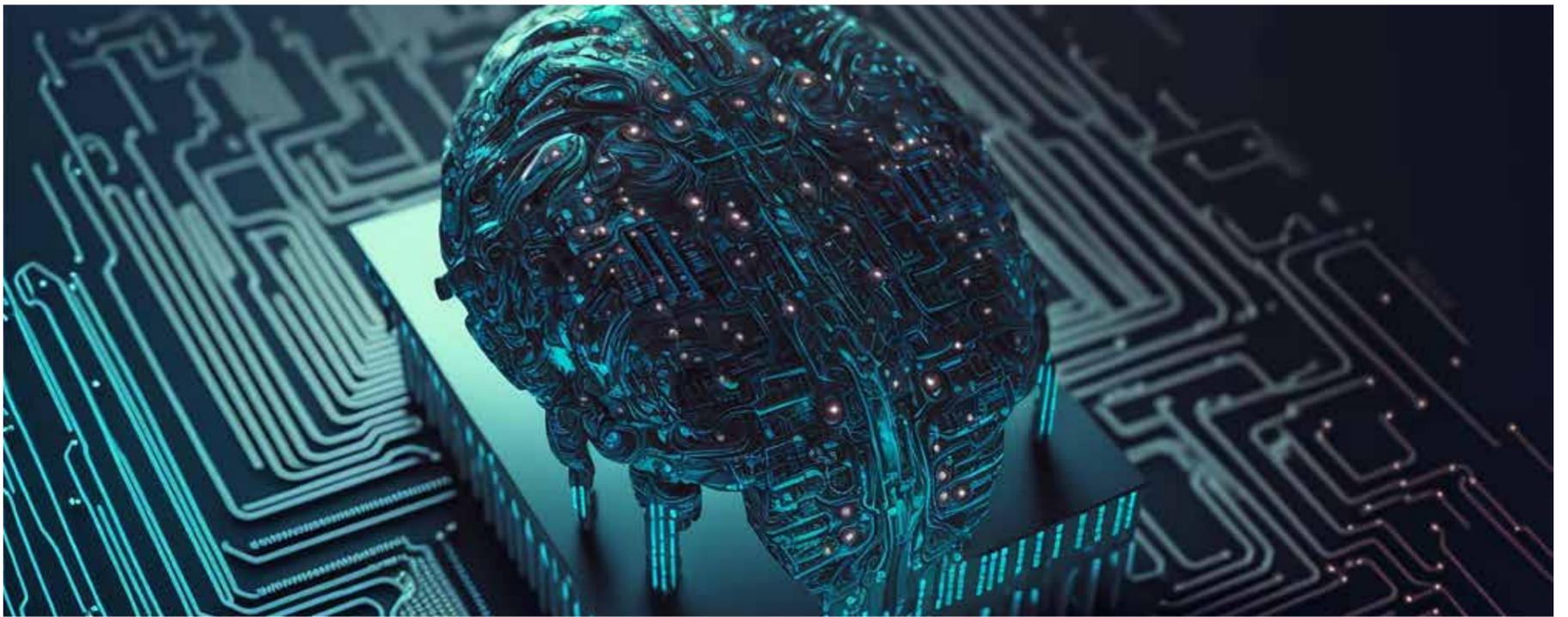
Gerne arbeiten zu gehen scheint hingegen aktuell nicht im Trend; stolz auf den eigenen Beruf zu sein gar verpönt. Arbeit ist das notwendige Übel am Weg zur Pensionierung: Wer es sich leisten kann, wählt Teilzeit und ausreichend Auszeiten (Schlagwort „Work-Life-Balance“) als Mittel, um die Zeit dahin zu überbrücken.

Bis zu einem gewissen Grad ist dieses Verhalten auch verständlich – unsere Politik erzieht die Bevölkerung mithilfe des Sozial- und Steuersystems in diese Richtung. Es gilt tatsächlich: Weniger ist mehr. Vollzeitbeschäftigung erhöht die Steuerlast unverhältnismäßig stark, bei geringfügiger Beschäftigung in Kombination mit Arbeitslosenbezügen bleibt – zumindest für einige Zeit – oftmals mehr über als bei 40 Stunden. Arbeit soll und muss gerade deshalb mehr sein als gesellschaftlicher Zwang und Existenzsicherung. Wie schon die Marienthal-Studie zeigte, bietet Arbeit den Menschen Tagesstruktur, hilft bei der besseren Zeiteinteilung und wirkt Einsamkeit und Resignation entgegen.

Und ja, es ist auch Aufgabe von Unternehmen, Arbeit einen übergeordneten Sinn und Zweck zu geben. Es gilt, Talente zu fördern und Menschen Facetten ihrer Persönlichkeit näherzubringen – und sie damit bei der persönlichen Entwicklung zu unterstützen. Diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst.

Aufgabe des Staates wäre es hingegen, Arbeitseinkommen massiv zu entlasten. Das ist längst überfällig.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



„Power Hour“: Usecases für KI im Industrie-Umfeld

KI ist in aller Munde – aber welche konkreten Vorteile kann künstliche Intelligenz für Industriebetriebe bringen? IV-Wien und IV-Niederösterreich hatten Anfang April ihre Mitglieder zu einer „Power Hour“ zu diesem Thema geladen. Jürgen Schmidt, Gründer der STRG.AT GmbH, zeigte dabei Möglichkeiten auf, wie und in welchen Bereichen Unternehmen KI gewinnbringend einsetzen können.



Sehr geehrter Herr Schmidt, wenn Sie ein Unternehmen kontaktiert, was sind die ersten Schritte, zu denen Sie raten? Know-how-Aufbau und die Erarbeitung einer Strategie. Wir wissen, dass derzeit und vor allem durch den Hype rund um ChatGPT viele Unternehmen in vermeintlichem Zugzwang sind. „Wir müssen jetzt auch etwas mit KI tun!“ ist eine häufige Forderung, die von den Vorständen an das Team weitergegeben wird, und daraus resultiert dann eine Herangehensweise, die weder strategisch noch inhaltlich geplant werden kann. Das ist aber ein erfolgskritischer Faktor beim Implementieren von KI-Anwendungen. Im ersten Schritt, so wie in allen anderen Projekten auch, muss daher ausgearbeitet werden, wo der „Reason why“ liegt, was wir erreichen wollen und wie man das messbar machen kann. Parallel dazu kann man Know-how aufbauen. Es reicht nicht, ein paar Tools wie ChatGPT oder andere bedienen zu können; man muss die Hintergründe verstehen lernen und sich damit auch beschäftigen. Aus diesem Verständnis der Arbeitsweise einer KI entstehen erste kreative Ansätze, wie man diese Errungenschaften für das eigene Unternehmen einsetzen kann. Die

KI-Strategie ist sehr eng an die digitale Transformation gekoppelt, und hier gilt: Das ist Chefsache. Eine Strategie, die nicht wirklich von der Geschäftsleitung getragen und forciert wird, kann nicht gelingen. Die ersten Schritte sind für uns daher sehr klar: Möglichkeiten ausloten, Verantwortungen definieren und diese strategisch verankern; eine innovationsfreundige Kultur im Unternehmen schaffen und sich darüber bewusst werden, dass auch Fehler passieren können. Bei größeren Unternehmen raten wir sehr klar dazu, eigene Abteilungen zu schaffen, die sich mit Innovation und Digitalisierung beschäftigen können, und diese definitiv von der IT abzutrennen.

Die meisten Menschen kennen inzwischen ChatGPT, kennen aber sonst kaum KI-Anwendungen. In welchen Bereichen kann KI konkrete Verbesserungen für Unternehmen bringen?

ChatGPT hat sich schneller verbreitet als jede andere SaaS-Anwendung (Software as a Service, Anm.); schneller als jedes „Fun Tool“ oder die diversen Social-Media-Portale. Das ist schon enorm und zeigt uns das hohe Interesse an einer Technologie, die es

uns ermöglicht, mit einer Maschine in eine soziale Interaktion zu treten. Erreicht wurde das aber auch durch die Zugänglichkeit und die Möglichkeit, mit diesem System „zu spielen“. In anderen Bereichen von künstlicher Intelligenz ist das schwieriger.

Wir unterscheiden ja grundsätzlich generative-KIs wie z.B. ChatGPT und optimierende KIs – also der gesamte Bereich von Data-Mining, Mustererkennung, Predictive Analytics usw. Die Bereiche überschneiden sich aber auch. Spannend für die Industrie: Man kann auf Basis vorhandener unstrukturierter Daten durch KI Muster erkennen, die einen wesentlichen Einfluss auf Geschäftsprozesse haben können und für Menschen nicht sichtbar sind. Diese Muster ermöglichen Vorhersagen und das Optimieren von Ergebnissen. Large-Language-Modelle können einen völlig neuen Zugang zu internen Dokumenten bieten und damit eine jederzeit verfügbare und leicht zugängliche Wissensbasis im Unternehmen schaffen. Der Hebel ist im Wesentlichen, dass wir unstrukturierte Daten verarbeiten können, ohne diese durch lange Prozesse dafür herrichten zu müssen. Der Fantasie sind hier kaum Grenzen gesetzt. Für uns geht es darum, mit unseren Partnern auszuarbeiten, wo der Einsatz wirklich Sinn ergibt und wo man auch lieber die Finger davon lässt. Eine KI-Strategie muss für mich letztendlich immer auf die wirtschaftlichen Ergebnisse des Unternehmens einzahlen.

Was sind die größten Stolperfallen für Unternehmen, wenn sie eine eigene KI-Strategie umsetzen wollen?

Es ist ähnlich wie im gesamten Bereich der digitalen Transformation, die für Industrieunternehmen noch immer eine große Herausforderung ist. Ich differenziere zwischen Digitalisierung und Elektrifizierung: Nur weil etwas heute mit Unterstützung eines Computers gemacht wird, hat man es nicht digital transformiert. Um echte

Transformation zu erreichen, müssen wir im Unternehmen vieles verändern können: Wir brauchen viel Mut, Experimentierfreude und einen scharfen Blick, um die richtigen Felder zu erkennen, in denen eine KI wirklich Sinn macht.

Bei der Umsetzung sehen wir immer wieder die gleichen Fehler. Einer davon ist, dass das Thema in der falschen Abteilung landet. Die IT ist im Unternehmen dafür verantwortlich, einen reibungsfreien Betrieb 24/7 sicherzustellen; dort kann man nicht experimentieren, ohne Risiken einzugehen. Oft erleben wir auch, dass es auf C-Level eigentlich kein wirkliches Interesse gibt – und das erzeugt eine falsche Kultur. Erfolgreiche Manager, die KI in die Kernprozesse integrieren – und dort muss sie hin –, sind aufgeschlossen und begünstigen eine sehr moderne Kultur. Wir helfen natürlich häufig dabei, diese Kultur ins Unternehmen zu tragen und mit Lust und Freude an solchen Themen zu arbeiten, müssen aber bisweilen auch dabei zusehen, wie eine Idee ohne Strategie und von den falschen Leuten im Unternehmen umgesetzt wird und das Erstaunen über das Scheitern dann groß ist. Diese Gefahr lauert stets, und daher muss man das richtig angehen. Wir wissen, dass es in der Zukunft für Unternehmen, die KI nicht einsetzen, wenig Platz geben wird. Wir sehen diese Problematik bereits jetzt in vielen Industriezweigen. Innovationsbegeisterte Unternehmen sind hier schneller und daher einen großen Schritt weiter. Die Schlüssel liegen also darin, Innovationskultur zu etablieren, die eigenen Arbeitsweisen infrage zu stellen und die Thematik KI sehr ernst zu nehmen. Es wurden schon viele Marktführer vom Wettbewerb überholt, weil sie auf die Möglichkeiten aktueller Technologien viel zu langsam Antworten entwickelt haben. Und ja, es ist aktuelle Technologie und nicht etwas, das vielleicht in der Zukunft möglich sein wird. Diese Zukunft ist jetzt.



(VER)ALTE(TE) GLORIE – (ER)NEUE(RTE) UNVERNUNFT?

Viele Jahrzehnte wurde in Österreich die „funktionierende Sozialpartnerschaft“ wie eine Monstranz stolz herumgetragen, denn sie sei der Schlüssel zum Erfolg unserer Volkswirtschaft. Nunmehr ist von Partnerschaft wenig zu erkennen und das System erweist sich ausgerechnet in schwierigen Zeiten als dysfunktional! Wie sehr, zeigt sich derzeit leider am Beispiel der AUA.

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debate@iv.at

Wir Österreicher sind ganz allgemein wirklich gut darin, uns mit alter Glorie zu schmücken. Die Verklärung der Habsburger-Monarchie etwa ist eines der absoluten Tourismus-Assets unseres Landes, und auch sonst hängen wir gerne an Symbolen der vermeintlich „guten alten Zeit“. So ein Symbol war und ist (immer noch ein wenig) unsere eigene Fluglinie, die AUA. Das war ja auch ein wesentlicher Grund, warum 2020, also vor gerade mal vier Jahren, die Republik mit einem großzügigen Rettungspaket ausrückte, um der angeschlagenen Airline unter die Arme zu greifen. Eine eigenständige staatliche Fluglinie waren die Austrian Airlines schon damals nicht mehr, aber die Politik und die Medien bemühten fleißig Bilder aus alten Zeiten, inklusive freundlicher Flugbegleiterinnen und Flugbegleiter in klassisch roten Outfits.

Daran ist jetzt prinzipiell nicht alles falsch; nicht zu Unrecht wurde die gelungene Rettung der AUA damals als „gute Nachricht für den Standort“ von vielen begrüßt. Auch in den weiteren Coronajahren wurde großzügig geholfen – so weit, so gut. In den vergangenen Wochen mussten wir nun aber alle einem traurigen Spiel zusehen, das am Ende dazu führen könnte, dass das beliebte Symbol AUA in der Zukunft nicht mehr ganz so glorreich aussehen könnte. All die Mühen, die AUA als starken Home-Carrier – und damit den Flughafen Wien als Drehkreuz mit Langstreckenverbindungen – zu erhalten, werden aufs Spiel gesetzt.

Wie in anderen Branchen hat die in Österreich überdurchschnittlich hohe

Inflation auch bei der AUA dazu geführt, dass die Lohnforderungen immer höher wurden. Nebenbei bemerkt: Inzwischen befinden wir uns recht deutlich in einer klassischen Lohn-Preis-Spirale, denn die extrem hohen Lohnanpassungen der vergangenen Jahre heizen mittlerweile die Teuerung weiter an. Die Spirale dreht sich munter weiter, für den Standort Österreich leider pures Gift. Aber bleiben wir beim speziellen Fall AUA.

Die Gewerkschaftsforderungen zu Beginn des Arbeitskampfs bei der Fluglinie waren geradezu unerschämmt. Von Gehaltsanpassungen um bis zu 40 Prozent war da die Rede; man wolle die Angleichung an die Löhne und Gehälter der Mutter Lufthansa. Dass man hier aus unterschiedlichen Gründen (Marktpositionierung, Ertragslage etc.) den 1:1-Vergleich lieber unterlassen sollte – geschenkt. Dass die AUA (siehe Hilfspaket 2020) ohnehin offenbar sehr genau kalkulieren muss, gerade um auch unprofitablere (aber für den Standort wichtige) Flugverbindungen aufrechtzuerhalten, wurde ebenfalls ausgeblendet.

Nun ist es das Recht eines jeden Arbeitnehmers, zu streiken. Arbeitsniederlegungen waren aber, zumindest in Österreich, in der Vergangenheit immer das letzte Mittel. Denn eine „funktionierende Sozialpartnerschaft“ lebt eigentlich vor allem vom tragfähigen Kompromiss. Wenn es aber zum Arbeitskampf kommt, zum Streik, dann wird ja, durchaus bewusst, das jeweilige Unternehmen beschädigt. Zu lange darf so ein Arbeitskampf also auch nicht dauern, sonst gibt es irgendwann das Unternehmen nicht mehr, das man eben noch bestreikt hat.

Mitte April wurden nun Bedenken laut, dass wir uns vor genau einem solchen Szenario befinden könnten. Streik und Betriebsversammlungen haben bei der AUA in diesem Frühjahr bereits zu unzähligen Ausfällen geführt, insgesamt hat die Fluglinie dadurch im ersten Quartal einen ordentlichen Verlust eingefahren, das bereinigte Betriebsergebnis (EBIT) liegt bei minus 122 Mio. Euro – das zweit schlechteste Ergebnis in einem ersten Quartal in der Unternehmensgeschichte.

Dennoch wurde ein erneuter Kompromissvorschlag des Managements abgelehnt, der Arbeitskampf wurde verlängert. Die Reaktion der Arbeitgeberseite war, verständlicherweise, leider sowohl vorhersehbar als auch realistisch: Man werde sich in den nächsten Tagen und Wochen „Gedanken über die Zukunftsfähigkeit von Austrian machen“ müssen – so das Management Mitte April.

Auch in anderen Branchen haben die extremen Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre viele Unternehmen an den Rand (teils über den Rand) der Belastungsfähigkeit gebracht. Selbstverständlich ist das auch bei der AUA so. Wenn die Kosten durch überzogene Lohnforderungen weiter ausufern, wird man umdenken müssen: Weniger profitable Strecken streichen, weniger Verbindungen, weniger Flieger. Doch das bedeutet auch: weniger Personal.

Versteht man bei den Gewerkschaften, aber auch bei vielen Mitarbeitern, noch immer nicht, dass es zahlreiche unserer guten Unternehmen bald nicht mehr geben könnte? Weiß man, was internationaler Wettbewerb bedeutet? Dass wir immer weniger wettbewerbsfähig sind? Oder ist die persönliche Profilierung mancher Gewerkschaftsfunktionäre innerhalb ihrer Organisation wichtiger als das Firmen- und

damit auch das Gemeinwohl? Eine „funktionierende Sozialpartnerschaft“ hätte stets auch den Unternehmenserfolg im Blick – denn immerhin muss man das Geld, das man als Lohn oder Gehalt erhalten will, zuerst auch gemeinsam verdienen. Daher muss jede Seite immer auch wissen, wann es zu viel ist, wann Forderungen und das Beharren auf diesen die gemeinsame Zukunft infrage stellen.

Was den Fall AUA besonders bitter macht, ist, dass eine Fluglinie ein besonderes Unternehmen ist: An der AUA und ihren Verbindungen hängen nicht nur die Jobs bei der Fluglinie selbst. Die AUA als unser Home-Carrier ist ein zentraler und unverzichtbarer Standortfaktor. Flugausfälle kosten auch in anderen Unternehmen Geld, gestrichene Verbindungen ebenso. Man fühlt sich hier ein wenig in Geiselhaft genommen.

„Funktionierende Sozialpartnerschaft“ ist das nicht. Ist dieser Mythos also womöglich inzwischen genauso aus der Zeit gefallen wie „Franz und Sisi“, die aus unzähligen Souvenirläden in der Wiener Innenstadt grüßen? Beantworten kann das schlussendlich wohl nur die Gewerkschaft. Das macht derzeit wenig hoffnungsfroh. Die Gewerkschaftsvertreter, aber auch viele Politiker (und dadurch leider wir alle gemeinsam) bekommen nun die Rechnung serviert, die ein amerikanischer Spruch trefflich auf den Punkt bringt: „You can ignore the facts, but you cannot ignore the consequences of ignoring the facts!“

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien



Das Wiener Strategieforum ist eine Community für strategisches Management und Innovation, deren Jahrestagung heuer wieder an der Wirtschaftsuniversität Wien stattfindet.

Diese exklusive, hochwertige Plattform dient dem Meinungs- und Gedankenaustausch zwischen führenden Wissenschaftlern und Top-Entscheidern aus der Wirtschaft zu den essenziellen Fragen der Zukunftsgestaltung von Unternehmen.

Unter anderem mit:

Christian C. Pochtler | Präsident | Industriellenvereinigung Wien
Paul Krauss | Associated Senior Partner | ECODYNAMICS GmbH
Peter Herweck | CEO | Schneider Electric SE
Michael Strugl | CEO | Verbund AG
Stefan Pierer | CEO | Pierer Mobility AG

Anmeldung und weitere Informationen auf:
DiePresse.com/strategie



28. Mai 2024

In Kooperation mit

Die Presse

iv INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
WIEN

Hörbiger – eine Urwiener Erfolgsgeschichte

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Wien 2030 – Smarte Produktion“ fand Ende April eine Betriebsbesichtigung bei der HOERBIGER Wien GmbH in der Seestadt Aspern statt.

Die fast 130-jährige Erfolgsgeschichte des Wiener Unternehmens begann im Jahr 1895: Hanns Hörbiger meldete damals sein revolutionäres „Stahlplattenventil“, ein neuartiges Ventil für Kompressoren, zum Patent an. Diese Neuerung löste eine „kleine industrielle Revolution“ aus, wie DI Dr. Markus Digruber, Head of Innovation and Business Development, ausführte. Er hatte die Teilnehmer gemeinsam mit Bernhard Lindner, Managing Director, im Werk begrüßt und vor der Führung durch die Produktion einen kurzen Einblick in die Geschichte von HOERBIGER gegeben. Die damalige Erfindung machte Dichtungen aus Leder oder Kunststoff teils obsolet, die Erzeugung von Stahl konnte effizienter gemacht werden – zudem ebnete das Patent den Weg für die Erfindung der modernen Hochdruckchemie. Heute ist das Unternehmen weltweit tätig und beschäftigt insgesamt rund 6000 Personen. Am Standort in der Seestadt, der 2016 bezogen wurde, arbeiten über 600 Menschen aus insgesamt 43 Nationen, davon

knapp über 200 in der Produktion und über 100 in Forschung & Entwicklung.

So wird in der Seestadt auch mit Wasserstoff experimentiert. Diesen zu komprimieren ist bekanntlich in vielerlei Hinsicht kompliziert. Denn Wasserstoff ist ein sehr kleines Molekül; um es ausreichend zu verdichten, muss daher mit sehr hohem Druck gearbeitet werden. Will man beispielsweise ein Auto mit Wasserstoff betanken, muss man mit 1000 bar arbeiten. Zum Vergleich: Der empfohlene Druck für Autoreifen beträgt im Normalfall knapp über zwei bar. Im Wasserstoffzentrum bei HOERBIGER wird daher an neuen Lösungen für das wichtige Zukunftsthema Wasserstoff als Energieträger geforscht. Ebenso stolz wie auf die eigene Forschungstätigkeit ist man im Unternehmen auch auf den Erfolg als Lehrlingsausbilder: 21 Lehrlinge werden derzeit ausgebildet, seit dem vergangenen Jahr gibt es eine eigene „Talentschmiede“ – und die Auszeichnung als einer der Wiener „Top-Lehrbetriebe“. Das Unternehmen ist sichtlich gut aufgestellt, in den vergangenen Jahren ist man in Wien stark gewachsen,

im Vorjahr gar um 26 Prozent auf erstmals über 100 Mio. Euro Umsatz. Den Erfolgskurs will man fortsetzen, stets bestrebt, noch besser zu werden. Das gilt nicht zuletzt auch für das Thema Nachhaltigkeit – hier hat man sich das Ziel gesetzt, Jahr für Jahr um zehn Prozent besser zu werden. So wurde kürzlich etwa eine Solaranlage in Betrieb genommen, die 15 bis 20 Prozent des Stromverbrauchs abdecken soll. Weitere Maßnahmen betreffen die Verringerung des Wasserverbrauchs oder die Umstellung der Beleuchtung in der Produktion zur Gänze auf energiesparende LED-Lampen.



Spannende Einblicke im Zuge der Führung durch die Produktion.



V. l. n. r.: Markus Digruber, Bernhard Lindner und Johannes Höhrhan.

JI-Wien veranstaltet traditionelles Skiwochenende in Kitzbühel

Im März lud die Wiener Landesgruppe zum jährlich stattfindenden Skiwochenende nach Tirol und sorgte dabei für einen Teilnehmerrekord.

Den Auftakt zum Wochenende machte eine Betriebsbesichtigung bei Fritz Egger Holzwerkstoffe in St. Johann in Tirol – dem ersten Spanplatten- und somit dem Stammwerk von Egger, das seit 1961 bis heute auf eine Größe von rund 33 Fußballfeldern wuchs.

Nach einem eindrucksvollen Fußmarsch durch die Fertigungshallen folgte ein

gemeinsames Abendessen mit Begrüßungsworten des JI-Wien-Vorsitzenden Maximilian Nimmervoll. Der Abend ging in einen gemütlichen Ausklang über, bei dem sich die über hundert Teilnehmer aus allen Bundesländern kennenlernen konnten. Nach freiem Skifahren am zweiten Tag trafen sich die JI-Mitglieder zum traditionellen Skirennen am Kitzbüheler Horn; ein Rennen, das wie immer von viel Ehrgeiz begleitet wurde – immerhin geht

es um eine ehrenvolle Verantwortung: Das gewinnende Bundesland darf das Skiwochenende im Folgejahr ausrichten. Trotz der widrigen Wetterverhältnisse haben sich alle Teilnehmer tapfer geschlagen, weswegen die Freude auf das gemeinsame Après-Ski in der Hornköpflhütte danach umso größer war. Das war auch die Devise beim gemeinsamen Abendessen: Die gesamte JI-Wien freute sich besonders, die JI-NÖ/Bgld. als Sieger des Skirennens verkünden

zu können und somit den Wanderpokal an ihre Bundesländernachbarn abzugeben. Für ein besonderes Highlight sorgte die Steif-Besichtigung mit dem Hahnenkammseiger und Weltmeister Hannes Reichelt am letzten Tag des erfolgreichen Wochenendes. An dieser Stelle bleibt nur noch, ein großes Dankeschön an alle Beteiligten sowie Sponsoren und Unterstützer auszurichten, die dieses ereignisreiche und spannende Wochenende ermöglicht haben!



Die Betriebsbesichtigung bei Egger bildete den Auftakt des JI-Skiwochenendes.



Eine begehrte Kitzbüheler Gams gab es auch beim JI-Skirennen zu gewinnen!



Die JI-Mitglieder bei der Besichtigung der Kitzbüheler Streif.



Zwei Sieger auf einem Foto: Weltmeister Hannes Reichelt und JI-Wien-Vorstandsmitglied Ludwig Malina-Altzinger, der gemeinsam mit Florian Meindl die Paarwertung des Skirennens für sich entschied.